

Pierre-Yves Le Borgn'

Braucht die deutsch-französische Zusammenarbeit ein neues Fundament?

Universität Stuttgart

Dienstag, den 28. Januar 2014

Liebe Festgemeinschaft,

Als ich vor nun fast einem Jahr die Einladung der Universität Stuttgart erhielt, heute Abend zu Ihnen zu sprechen, fühlte ich mich sehr geehrt. Es wurde mir vorgeschlagen, meine Zukunftsvision für die deutsch-französische Freundschaft zu formulieren und mich damit zugleich in eine Reihe bedeutender Vorrednerinnen und Vorredner einzugliedern. Sehr geehrt aber voller Bescheidenheit sagte ich zu.

Zum ersten Mal darf heute Abend in diesem Rahmen ein Abgeordneter der *Assemblée Nationale* sprechen, der die Französischen und Franzosen in Deutschland repräsentiert. Viele dieser Menschen sind direkte Erben der deutsch-französischen Annäherung. Ich will dieser Rolle dadurch gerecht werden, dass ich einige meiner Gedanken im Rahmen dieser Veranstaltung vorstelle, die ganz auf die Zukunft gerichtet sind und nicht nur dasjenige feiern, was wir bereits gemeinsam erreicht haben. Die großen Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags sind vorbei. Wir haben uns an Kanzler Adenauer und Général de Gaulle zurückerinnert. Heute aber, am 28. Januar 2014, stehen wir am Beginn eines weiteren halben Jahrhunderts deutsch-französischer Zusammenarbeit. Lassen sie uns also 50 Jahre vorausschauen. Im Jahre 2063 werden wir wohl nicht mehr da sein. Dennoch müssen wir uns fragen, welche Herausforderungen wir angehen und welche Baustellen wir abschließen müssen. Wir sollten uns fragen, auf welche Erfolge und Errungenschaften man 2063, 100 Jahre nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags, zurückblicken soll. Hierzu will ich im zweiten Teil meiner Ausführungen einige Elemente nennen.

Ich will jedoch zunächst einen Überblick über die Geschichte dieser deutsch-französischen Kooperation geben, über ihre Schwierigkeiten, über den aktuellen Stand der Dinge und die Bedeutung dieser Konstellation für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. „*Pour faire la paix, il faut deux: soi-même et le voisin d'en face. - Um Frieden zu schließen braucht man zwei: sich selbst und den Nachbarn gegenüber.*“ Dieser Satz von Aristide Briand soll am Anfang meiner Überlegungen stehen. Nicht nur weil Aristide Briand neben seinem deutschen Gegenüber Gustav Stresemann ein Gründungsvater der deutsch-französischen Beziehungen war. Nein, dieser Satz scheint mir auch eine tiefe Wahrheit auszudrücken; er beinhaltet die ganze Schwierigkeit der Versöhnung. Zwei Gedanken werden hier formuliert: Zum einen bedarf es für den Frieden eines Gegenüber, das zur Versöhnung bereit ist. Aber die Versöhnung muss auch mit sich selbst stattfinden, muss durch die Überwindung von Rachegefühlen und Vorurteilen geleistet werden.

Das ist natürlich eine große Herausforderung, die sich nur mit einer großen Anstrengung bewältigen lässt. Wie ist Versöhnung möglich, wenn die Gräben noch nicht zugeschüttet sind und das Feuer auf den Schlachtfeldern noch lodert? Wie lässt sich der Hass überwinden, wo doch ganze Familien vom Sturm der Geschichte hinweggefegt wurden? Wie gar die Weigerung überwinden, mit jenen zusammenzuarbeiten, die aktiv oder passiv an mörderischen Verbrechen beteiligt waren? Ich selbst gehöre einer Generation an, die den Krieg nicht mehr miterleben musste. Ich kann nur aus der Distanz die Kraft, die Besonnenheit und die friedliebenden Überzeugungen dieser Pioniere der deutschen-französischen Zusammenarbeit bewundern, Pioniere wie Briand, Stresemann, Adenauer oder de Gaulle. Es ist die Leistung all jener, die direkt vom Krieg betroffen waren – und sich dennoch für den Frieden einsetzten und dafür arbeiteten, dass die Völker Europas heute friedlich zusammenleben können.

Die deutsch-französische Freundschaft, auf die wir heute zu Recht stolz sind, ist die Frucht dieser geradezu übermenschlichen Anstrengung. Der Außenminister Gustav Stresemann hat mit seinem französischen Kollegen Aristide Briand in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Projekt einer deutsch-französischen Kooperation in Angriff genommen. Sie konnten dabei die friedliebenden Strömungen eines Henry Dunant oder Frédéric Passy vom Ende des 19. Jahrhunderts anschließen. Stresemann und Briand entstammten verschiedenen politischen Milieus. Der eine war liberal, der andere gehörte dem Zentrum an. Beide waren überzeugte Patrioten und hatten eine aktive Rolle im Ersten Weltkrieg gespielt. Doch auf der Basis eines humanistischen aber auch ökonomischen Pragmatismus begannen die beiden an der deutsch-französischen Annäherung zu arbeiten. 1926 erhielten sie den Friedensnobelpreis für ihre Bemühungen.

Diese erste Annäherung fällt vor allem durch seinen innovativen, geradezu revolutionären Charakter auf. In einem Brief schreibt Stresemann an Briand: *„Wir haben das Recht, von einer europäischen Idee zu sprechen... Eine Schicksalsgemeinschaft kettet uns aneinander. Wenn wir in die Höhe kommen sollen, können wir es nicht im Kampf gegeneinander, sondern im Zusammenwirken miteinander.“* 64 Jahre vor der Gründung der Europäischen Union und mehr als 90 Jahre bevor die Europäische Union den Friedensnobelpreis erhielt, haben Stresemann und Briand also die Weichen für diese Entwicklung gestellt.

Das Scheitern des Völkerbundes, der plötzliche Tod Stresemanns, der Rückzug Briands aus dem politischen Leben und der Aufstieg des Totalitarismus haben dann der Annäherung zwischen unseren beiden Ländern einen tödlichen Schlag versetzt. Selbst wenn der Krieg auf der ersten Blick auf der Oberfläche jede Kooperation verschwinden ließ, so bildete diese traumatische Erfahrung doch denn Nährboden, auf dem ein neuer Wille zur Zusammenarbeit nach Kriegsende gedeihen konnte. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg waren es die Widerstandskämpfer wie Willy Brandt oder Konrad Adenauer, die deutsch-französische Aussöhnung als Bedingung für eine europäische Einigung erkannten. Straßburg, die Hauptstadt Europas, ist das Symbol für dieses deutsch-französische Element.

Direkt nach Kriegsende trafen sich in Den Haag die politischen Eliten, um die Notwendigkeit einer europäischen Einigung zu betonen. Hier sprach Churchill prophetisch von den Vereinigten Staaten von Europa. Dann folgte der Europäische Rat, der sich zu seiner Gründungssitzung 1949 im Palais der Universität Straßburg versammelte – ein Ort, an dem

die deutsch-französische Geschichte mit Händen zu greifen war. Ja, es stimmt: die europäische Einigung war ein Projekt der Eliten. Aber ich möchte daran erinnern, dass diese Forderung auch von vielen Bürgern erhoben wurde, die seit der Gründung der Bundesrepublik die Hand über die Ruinen hinweg ausgestreckt haben. Diese ausgestreckte Hand wird greifbar in der allerersten Städtepartnerschaft zwischen Montbéliard und Ludwigsburg von 1950. Aber auch durch jene jungen Menschen, die 1949 unter den Augen der erstaunten Gendarme bei Wissenburg die Grenzschraken aus den Angeln hoben.

Die fünfziger Jahre waren für die deutsch-französischen Beziehungen entscheidend. In diesem Jahrzehnt verdichten sich die Herausforderungen. Würde es gelingen, die Bande zwischen beiden Ländern tatsächlich zu stärken? Oder aber werden die Ressentiments obsiegen? Gegen alle Erwartungen kommt es bereits zu Beginn der fünfziger Jahre zu hunderten Begegnungen. Neben den Städtepartnerschaften sind es vor allem die Programme des Jugendaustausches, die Gründung des Deutsch-französischen Jugendwerks, die die jungen Menschen in Bewegung setzen.

Nun kommt es auch zu den ersten deutsch-französischen Eheschließungen. Tja, diese deutsch-französischen Ehen! Für mich persönlich stellen sie den Beweis dar, dass man der Geschichte eine neue Richtung geben kann. Wenn ich in Deutschland unterwegs bin, um mit französischen Bürgern zu sprechen – wie jetzt gerade wieder in Osnabrück und Baden-Baden – dann treffe ich immer wieder deutsch-französische Paare, die munter und fröhlich die 80 Jahre überschritten haben. Diese Menschen haben in den fünfziger oder sechziger Jahren geheiratet! Ihre Geschichten berühren mich zutiefst. Sie müssen bedenken: Diese Menschen waren Pioniere, die oftmals gegen den Rat ihrer Familien und Freunde ihrem Herzen gefolgt sind und den ehemaligen Feind geheiratet haben. Am *Institut d'Etudes Politiques* in Paris und am Europa-Kolleg in Brügge hat man mir immer gesagt, der Handel sei das beste Band zwischen Völkern. So hat das ja auch Jean Monnet gesehen. In diesem Punkt muss ich diesem Gründervater widersprechen: Nein, die Liebe ist es, die Grenzen am einfachsten durchlässig macht!

De Gaulle und Adenauer konnten bereits an diese Entwicklungen anknüpfen, als sie 1963 den Weg zu jenem Freundschaftsvertrag einleiteten, den wir heute „Elysée-Vertrag“ nennen. 1961 hatte De Gaulle eine legendäre Reise durch Deutschland unternommen; Adenauer war nach Reims im darauffolgenden Jahr gekommen. Der Elysée-Vertrag beschwört die deutsch-französische Freundschaft. Aber er enthält darüber hinaus ganz konkrete Vorschläge und Ideen zum Ausbau der Zusammenarbeit. Hierzu gehört an erster Stelle die Vereinbarung regelmäßiger Ministertreffen. Zweitens finden wir hier die Skizze einer europäischen Verteidigungspolitik. Drittens und keineswegs als letztes ist das Deutsch-französische Jugendwerk zu nennen. Die Jugendarbeit stellt aus meiner Sicht im Rückblick auf die letzten 50 Jahre den größten Erfolg dar. Der Austausch von Millionen jungen Menschen hat das Fundament der deutsch-französischen Freundschaft erst richtig zementiert. Die sogenannten Erbfeinde kannten sich gegenseitig nur als „boche“ oder als „Franzos“. Durch die Begegnung sind sie zu Freunden geworden. In diesem heutzutage sehr weit verbreiteten pessimistischen Klima müssen wir auf diese Erfolge verweisen, um zu zeigen: Seht her, der europäische Geist existiert tatsächlich! Dieser europäische Gedanke haben wir zwischen unseren beiden Ländern geschaffen - nun müssen wir ihn ausweiten, auf die europäische Ebene.

Der Elysée-Vertrag stellt also die Grundlage unserer Zusammenarbeit in den letzten 50 Jahren dar. Und was hat sich nicht alles entwickelt! Was mussten wir nicht alles durchstehen? Wer hätte je an den fulminanten Erfolg des Deutsch-französischen Jugendwerkes geglaubt? Wer hätte für möglich gehalten, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit auch jene Phasen überstehen würde, in denen Frankreich systematisch auf Distanz zur NATO ging, während sich Deutschland der NATO immer stärker annäherte? Und noch etwas scheint mir bemerkenswert, denn es ist sehr unwahrscheinlich: Alle deutsch-französischen Spitzenpaare haben – trotz Differenzen – gut zusammengearbeitet. Pompidou und Brandt, dann Schmidt, Giscard d’Estaing und Schmidt, Mitterrand und Kohl, Chirac und Schröder oder Sarkozy und Merkel – alle haben sie klugen Gebrauch der deutsch-französischen Kooperationsmöglichkeiten gemacht. In vielen Fällen kamen die größten Fortschritte übrigens dann zustande, wenn die beiden Staats- und Regierungschefs aus gegenüberliegenden politischen Lagern kamen. Der Sprung in ein gemeinsames europäisches Währungssystem? Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt. Die europäische Union, die ausgestreckte Hand von Douaumont, die deutsch-französische Brigade? Mitterrand und Kohl. Die Versöhnung in der Normandie, der Vorschlag einer deutsch-französischen Staatsbürgerschaft? Chirac und Schröder. Die deutsch-französische Zusammenarbeit lebt folglich von der Differenz. Gerade die Spannungen können ihr Leben und Dynamik einhauchen.

Aber natürlich ist in diesem deutsch-französischen Haus nicht alles Gold was glänzt. Ganz im Gegenteil. Wir dürfen nichts als gegeben hinnehmen. Die Etablierung einer europäischen Verteidigungspolitik wird beispielsweise schwer. Denn gerade jetzt erleben wir, dass sich Frankreich als ein Land mit universalistischem Anspruch versteht und daher bereit ist, zu intervenieren. Deutschland hingegen ist durch das Grundgesetz zu äußerster Zurückhaltung bei Eingriffen im Ausland gezwungen. Oder nehmen Sie die Energiefrage. Frankreich setzt für die nächsten zehn Jahren weiter auf Nuklearenergie, während Deutschland den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie umsetzt. Und schließlich die Wirtschaftsmodelle, die ja sehr oft einander gegenübergestellt werden. Trotz dieser erheblichen Differenzen gelingt es doch immer wieder, pragmatische Lösungen zu finden, die die Position des jeweils anderen respektieren. Ich glaube, dieses Verfahren haben Kohl und Mitterrand angewendet, als die Auseinandersetzung über die Stationierung von Pershing-II-Raketen aufflammte. Die lange Rede des französischen Präsidenten war die Bedingung für die Vertiefung der europäischen Union unter Kohl. Warum haben die beiden so gehandelt? Sie waren natürlich Kinder ihrer Zeit, sie hatten den Krieg miterlebt und wussten, dass Europa nur eine Zukunft haben würde, wenn Deutschland und Frankreich sehr eng zusammenarbeiten würden. Das scheint mir ganz klar. Aber sie waren auch der Ansicht, dass Deutschland ohne Frankreich und Frankreich ohne Deutschland politisch scheitern würden. Paradoxerweise ist es gerade unsere Fähigkeit zur Kooperation, die unsere Präsenz im Konzert der Mächte, aber eben auch unsere nationalen, kulturellen und politischen Besonderheiten bewahrt.

Dieser Gedanke trägt nach wie vor die deutsch-französische Zusammenarbeit. Natürlich geschieht das nicht mehr mit derselben Schärfe wie im Januar 1963, denn der Krieg ist ja lange vorbei. Aber nun geht es um die aktuelle Weltlage. Sowohl bei Merkel und Sarkozy und auch bei Hollande und Merkel scheint mir dieser gemeinsame Geist absolut präsent zu sein. Gerade was den letzten Punkt betrifft muss ich heute Abend vielleicht einige im Saal überraschen. Ich habe ja die Ehre, den Präsidenten bei seinen Reisen in Deutschland begleiten zu dürfen. Und ich kann Ihnen versichern, dass das Bild des deutsch-französischen

Paares in der Presse nicht ganz den Tatsachen entspricht. François Hollande und Angela Merkel gehören beide nicht mehr der Kriegsgeneration an, das stimmt. Aber sie haben doch sehr ähnliche Charaktere, die wenig Platz für Sarkozys Flamboyanz oder Willy Brandts Charisma lassen. 2013 hatte ich die Ehre, die Delegation des Präsidenten zur Feierlichkeit des fünfzigsten Jahrestages des Elysée-Vertrages in den Bundestag begleiten zu dürfen. In der Presse musste ich lesen, dass die beiden sich nicht verstünden. Ich war also recht erstaunt, dass die Bundeskanzlerin und der Präsident sich während der gesamten Zeremonie intensiv unterhielten. Als ich die beiden beobachtete, hatte ich den Eindruck, dass der deutsch-französische Austausch ganz wunderbar funktioniert.

Seien wir ehrlich: Die Medien lieben nun mal Konflikte und Streit. Sie können aus Normalität und Kontinuität keine guten Geschichten machen. Aber das ändert nichts daran, dass die Kontinuität unserer Beziehungen der Garant für das Gedeihen Europas ist. Ich sprach ja vorhin, dass die EU den Friedensnobelpreis erhielt. Das ist ein konkretes Beispiel dieser guten Normalität. Für viele unter uns, die den Krieg nicht mehr erleben mussten, mag dieses Zeichen angesichts der Schuldenkrise, die manche Volkswirtschaften sehr hart trifft, unangemessen erscheinen. Aber vor dem Hintergrund der Geschichte stellt der Preis einen Sieg der Stabilität dar, einer Stabilität, die die EU vor allem dem deutsch-französischen Tandem verdankt. Ohne jeden deutsch-französischen Chauvinismus muss man an die außergewöhnliche Rolle erinnern, die dieses Tandem für Europa spielt. Eine berühmte Formel lautet bekanntlich, dass Europa einen Schnupfen bekommt, wenn das deutsch-französische Paar niest. Diese Formel trifft für Europa zu, seit wir von Nationalstaaten sprechen. Aus diesem Grund haben wir, Deutsche und Franzosen, eine besondere Verantwortung. Wir haben die Verantwortung, das europäische Schiff um die Klippen und Riffe zu navigieren. Jenseits bloß kurzfristiger politischer Überlegungen müssen wir diese Klippen im Auge behalten, das Schiff auf Kurs bringen und in den Wind stellen. Für mich als Breitone ist diese nautische Metaphorik sehr wichtig. Auch wenn ich aus der schönen Bretagne komme, so habe ich doch durch meine Erfahrungen im Ausland und vor allem in Deutschland, verstanden, wie wichtig Kompromisse sind. Die Franzosen sind nicht immer zum Kompromiss bereit, der ihnen oft wie ein Verrat erscheint. Die Deutschen hingegen sind sich ihrer Sache manchmal all zu sicher. Deshalb fällt die Diskussion nicht immer leicht.

Aber gerade in diesem Ringen um einen Kompromiss in schwierigen Diskussionen geht es letztlich. Wir brauchen dringend Fortschritte, vor allem was unsere Industriepolitik, den Außenhandel, die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik angeht. Wir müssen uns darüber hinaus die Frage stellen, was wir von und für unsere Staaten erwarten. Wollen wir weiter ohne gemeinsame Perspektive arbeiten oder brauchen wir das Ziel einer schrittweisen Harmonisierung in der Finanz, Sozial- und Wirtschaftspolitik? Ich bin ein Anhänger der europäischen Einigung und ich bin überzeugt davon, dass diese nur durch Deutschland und Frankreich herbeigeführt werden kann. Wie aber wollen wir uns verständigen, so lange Frankreich die Wirtschaft auf Inlandsnachfrage ausrichtet, während Deutschland ganz und gar auf Exportstärke setzt? Frankreich bezahlt für diesen Mangel an Verständigung mit einem nie dagewesenen Verlust an Arbeitsplätzen. Und Deutschland zahlt ebenfalls für seine Entscheidung, nämlich durch eine Präkarisierung der unteren und mittleren Einkommensschichten. Für den Mangel an Koordinierung zahlen wir folglich einen hohen Preis. Nur wenn es uns gelingt, die politische Ausrichtung zu harmonisieren, zu einer Konvergenz zu gelangen, werden wir unsere Volkswirtschaften wieder auf die Beine stellen. Die Rankings der Rating-Agenturen interessieren sich nicht für Politik. Sie spiegeln nur eine

ökonomische Sichtweise wieder. Aber diese Sichtweise bringt die Geschichte nur selten voran. Jean Monnet sagte: „*Die Menschen akzeptieren den Wandel nur, wenn er nötig ist. Und sie sehen die Notwendigkeit nur in der Krise.*“ In diesem Sinne hoffe ich, dass uns die Krise in Bewegung setzt, hin zu einem solidarischeren Europa.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Rede heute Abend soll nicht pessimistisch sein. Ganz im Gegenteil: Ich bin voller Optimismus was unsere Schicksalsgemeinschaft angeht. „*Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten*“, sagte Willy Brandt. Und genauso verhält es sich auch mit den deutsch-französischen Beziehungen. Die Politiker setzen in der Verantwortung zwischen Deutschland und Frankreich wie in Europa insgesamt in Richtung mehr Integration und gemeinschaftliche Strukturen zu bewegen. Es geht darum, dass wir eine politische Zielvorstellung entwickeln und endlich aufhören, die politischen Entscheidungen durch ökonomische Entwicklungen vorgeben zu lassen.

Aus Deutschland scheint manchmal Frankreich aber nicht dafür bereit sein. Ist das Land noch Reformfähig? Diese Frage hört man oft in der deutschen Presse. Die Kritiken sind nicht immer unbegründet aber entsprechen nicht der Realität. Als Abgeordneter der Regierungsmehrheit unterstütze ich grundsätzlich die Politik, die von Jean-Marc Ayrault, unseren Premierminister, und François Hollande geführt wird. Natürlich geht Frankreich wirtschaftlich nicht so gut wie Deutschland. Jedoch sind der Präsident und der Premier Minister gar nicht untätig geblieben. In Europa hat die Wahl François Hollandes viele Dinge in Bewegung gesetzt. Frankreich hat sich für einen Europäischen Pakt für Wachstum und Beschäftigung entschieden. Beim Europäischen Rat im Juni 2013 wirkte Frankreich darauf hin, dass das Hauptaugenmerk auf der Jugendbeschäftigung und auf dem besseren Ausgleich der gemeinsamen Ziele Haushaltskonsolidierung und dem Streben nach Wirtschaftswachstum liegt.

Die sozialdemokratische Wende, die François Hollande vor zwei Wochen vor der Presse angekündigt hat, geht genau in diese Richtung. Es geht vor allem darum einen neuen Vertrauenspakt in der französischen Gesellschaft zu schaffen. Dieser Pakt enthält eine Vereinfachung des Steuer und Verwaltungssystem und zugleich eine Senkung der Sozial und Steuerausgaben der Unternehmen damit sie mehr investieren können. Als ehemaliger Unternehmer erkenne ich genau hier die Handlungsfähigkeit der Regierung und seine Entschlossenheit Frankreich zu reformieren. Ich bin bei dieser Stelle, meine Damen und Herren, sehr zuversichtlich und möchte das mit einem Zitat aus der Rede, die der Premierminister Jean-Marc Ayrault am 16. Januar in Wien gehalten hat, illustrieren : „*Voller Zuversicht nehmen Frankreich und Deutschland daher sein Schicksal in die Hand. Frankreich tut dies unter Achtung seiner Werte, angefangen bei der sozialen Gerechtigkeit, und durch die Anpassung seines Modells an eine Welt, die sich im tiefen Wandel befindet.*“

Dieser Wandel ist im Vormarsch und ist für die deutsch-französische Freundschaft sehr versprechend. Die Verstärkung der deutsch-französischen Brigade und ihr Einsatz in Mali, die

Konvergenz im Bereich der Energie Politik mit dem Plan einer gemeinsamen Energiewende (und ich weiß wie wichtig das Thema gerade in Baden-Württemberg ist, besonders vor dem Hintergrund der neuen Politik, die durch die Landesregierung vertreten wird), sowie die ständige Vorabgespräche auf europäischer Ebene zwischen den Regierungschefs; das sind die Punkte, die von François Hollande vor nicht einmal zwei Wochen in seiner Pressekonferenz betont wurden.

Die aktuellen deutsch-französischen Beziehungen haben ja mit der Ausgangslage von 1963 so gut wie nichts mehr gemein. Wir leben in einem ökonomisch vollständig integrierten Europa. In diesem gemeinsamen Lebensraum wechseln Abertausende jedes Jahr den Wohnort von einem Land ins andere, beschließen, woanders zu arbeiten, heiraten und bekommen immer öfter Kinder in binationalen Ehen. Der Fall des deutsch-französischen Transfers ist hier vielsagend. 100 000 Deutsche leben in Frankreich, während umgekehrt 150 000 Franzosen in Deutschland leben. Jedes Jahr werden tausende deutsch-französische Hochzeiten gefeiert. In diesen Ehen wachsen Kinder auf, die ganz selbstverständlich zwei Muttersprachen und zwei Kulturen haben. Die Zahlen des französischen Außenministeriums von 2013 sind vielsagend: über 30 Prozent der Franzosen in Deutschland haben bereits die doppelte Staatsbürgerschaft. Seit einigen Jahren greift das Phänomen stark um sich. Die jungen Menschen haben immer weniger Hemmungen, in ein anderes Land zu ziehen und die sprachlichen und kulturellen Anpassungsleistungen zu vollbringen. Wir leben folglich in Frankreich wie in Deutschland in Gesellschaften, in denen zur lokalen, regionalen und nationalen Identität das europäische Element einfach hinzukommt.

Diese Entwicklung, die wahrscheinlich viele unter uns seit langem wünschen, dauert seine Zeit und ist nicht naturgegeben. Die europäische Gesellschaft entsteht nicht an einem Tag. Doch auch wenn es eine europäische Gesellschaft noch nicht gibt, so hat der Prozess ihrer Entstehung doch längst begonnen. Der europäische Schmelztiegel, der gerade entsteht, macht natürlich die Weiterentwicklung unserer Institutionen und Gesetze nötig. Diese Veränderungen müssen das alltägliche Leben der Bürger in Europa vereinfachen. Zu den wichtigsten Bereichen gehören hier nach meiner Ansicht: das europäische Zivilrecht (Familienrecht), das Sozialrecht (soziale Sicherheit) und das Arbeitsrecht. Auch solche Rechtsbereiche wie das Recht auf geistiges Eigentum, das Finanzrecht oder das Diplomatierecht muss aus meiner Sicht in ein einheitliches europäisches Zivilrecht münden. Nur so wird es den europäischen und vor allem deutsch-französischen Bedürfnissen entsprechen.

Mir scheint, dass die Verantwortung für diese Entwicklung nicht auf der Ebene des Europäischen Parlaments oder des Europäischen Rates getragen werden kann. Da es ja um zivil- und finanzrechtliche Fragen geht, sind diese beiden Organe nicht befugt zu handeln. Denn die ihnen zu Grunde liegenden Verträge schreiben ihnen diese Kompetenz nicht zu. Die großen Fortentwicklungen der Rechtsordnungen müssen daher von nationalen Parlamenten ausgehen, von der *Assemblée nationale* und vom *Bundestag*. Der Vertrag von Lissabon und das Prinzip der Subsidiarität erlauben uns ja, bei der Fortentwicklung unserer Rechtssysteme voranzuschreiten und so der Verflechtung unserer Gesellschaften Rechnung zu tragen. Seit 50 Jahren arbeiten wir an einer weltweit einmaligen Kooperation zweier Länder – da sollte uns eine Konvergenz der Rechtssysteme ebenfalls gelingen.

Eine solche Einigung sollte zunächst das Familienrecht betreffen. Diese Idee ist ja nicht neu.

Sie stand schon im Raum, als 2010 die beiden Regierungen über ein gemeinsames Eherecht diskutierten. Nach jahrelangen Diskussionen hatte ich vor kurzem die Ehre, diesen Gesetzestext in der *Assemblée nationale* zu erläutern und zur Abstimmung stellen zu dürfen. Seit einigen Monaten können Deutsche und Franzosen sich nach gemeinsamem Recht verheiraten. Dieses gemeinsame Recht stellt eine Errungenschaft dar, weil es Elemente aus beiden Systemen kombiniert. Nach dieser langen Arbeit am gemeinsamen Eherecht müssen wir nun auch weniger erfreuliche Aspekte des Lebens ins Auge fassen und ein Scheidungsrecht und Sorgerecht angehen. Momentan stehen unsere Rechtssysteme bei der Frage des Sorgerechts sich noch diametral gegenüber. In Deutschland wird das Kindeswohl vom Jugendamt vertreten, das gewissermaßen einen staatlichen Elternteil vertritt. In Frankreich hingegen stellen die Ämter und juristischen Institutionen den gemeinsamen Willen der Eltern an erste Stelle, wobei die Elternteile ganz gleich behandelt werden, um so das Kindeswohl anzustreben.

Aus dieser Divergenz der Rechtsansätze entstehen momentan schreckliche Situationen für manche deutsch-französischen Familien. Manchmal sind Eltern über Jahre von ihren Kindern getrennt und werden gar nicht in die Lage versetzt, ihr Recht und ihre Sichtweise geltend zu machen. Dieser Zustand ist völlig unhaltbar und läuft allen Zielen der deutsch-französischen Zusammenarbeit entgegen. Zum Wohle der zu Hunderten betroffenen Eltern und der zu Tausenden betroffenen Kinder müssen wir in dieser Angelegenheit schnell handeln. Was sollen wir einem Elternteil sagen, das seine Kinder nicht sehen darf und wenn er aus Frankreich nach Deutschland kommt die Kinder nur für kurze Zeit unter Anwesenheit einer Aufsichtsperson in einem Gerichtssaal treffen kann? Können wir uns angesichts solcher Zustände guten Gewissens zur deutsch-französischen Freundschaft gratulieren? Nein, meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir in den vergangenen 50 Jahren eine solide Basis für die Kooperation gelegt haben. Aber diese Basis kann heute nur noch als rudimentäre Grundstruktur für ein gemeinsames Gebäude dienen, an dem wir weiter gemeinsam bauen müssen. Dies kann nur durch konkrete Schritte der rechtlichen Konvergenz geschehen.

Um diese zweite Phase in der deutsch-französischen Kooperation einzuleiten bedarf es einer guten Methode. Aufgrund unserer Erfahrungen kennen wir jetzt viele Klippen und Riffe, die wir umschiffen müssen. *Erstens* sollten wir jede verzerrende Darstellung unserer Partnerschaft vermeiden. Zu viel Unheil ist in der Vergangenheit aus der falschen Darstellung unserer Differenzen im Familienrecht, in der Finanzpolitik oder in der Sozialpolitik entstanden. *Zweitens* brauchen wir eine Diskussionsplattform zu den Rechtsfragen. Das einzig solide Fundament für eine ernsthafte Diskussion ist das Recht. Durch einen echten Austausch über die Grundlagen und Prinzipien des nationalen Rechts können wir hier vorankommen. Darin scheint mir eine zentrale Lehre zu bestehen, die wir aus dem Erbe der deutsch-französischen Kooperation ziehen können. Der *dritte* und letzte Punkt betrifft die philosophischen Grundlagen unserer Diskussion. Wenn wir jenseits all der Feierlichkeiten und symbolischen Handlungen echte Fortschritte erzielen wollen, so wird dies nur gehen, wenn wir bereit sind mutige, ja kühne Kompromisse einzugehen. Diese Art von Kompromissen muss nicht unbedingt auf eine Verabschiedung nationalstaatlicher Souveränität hinauslaufen. Aber sie könnten die Möglichkeit enthalten, eine *gemeinsame* Souveränität zu denken und so die Vorstellungen weiterzuentwickeln, um zu einer Konvergenz zu kommen.

Wenn wir dieser Methode folgen, können wir unsere Beziehungen konkret verbessern. Dies muss nicht bedeuten, dass wir nicht zugleich in der Frage einer gemeinsamen Sicherheitspolitik oder einer Energiepolitik vorankommen können. Gerade in diesem letzten Bereich werden ja in Deutschland und Frankreich ganz gegenläufige Modelle vertreten. Jedoch hat der Präsident der Republik François Hollande in seiner letzten Pressekonferenz Annäherungen angekündigt. Aus seiner Sicht müssen Frankreich und Deutschland genau in diesem Themenfeld eine Übereinkunft finden. Ich stimme ihm hierbei vollkommen zu, gerade durch meine Arbeitserfahrungen in diesem Wirtschaftszweig. Es geht vor allem darum, dort Fortschritte zu machen, wo die Menschen direkt betroffen sind. Ich hatte bereits gesagt, dass das Familienrecht hier ein zentrales Element ist. Weitere Bereiche müssen in den nächsten Jahrzehnten zur Konvergenz gebracht werden. Das Thema Finanzpolitik ist natürlich jenes, welches die Menschen in unseren beiden Ländern unmittelbar betrifft. Ihm sollten wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Diskussion in Deutschland wie in Frankreich über ein einfacheres und gerechteres Steuersystem eröffnet eine Möglichkeit. Wir sollten noch einmal gemeinsam über das Steuersystem nachdenken und eine möglichst große Konvergenz schaffen, am besten mit einer annähernden territorialen Kontinuität. Dies hätte die konkrete Folge, dass alle Möglichkeiten des *Dumpings* verschwinden würden und die Mobilitätschancen für Menschen und Investitionen erweitert würden. Für die Menschen mit deutsch-französischer Staatsbürgerschaft würde dies vieles vereinfachen und durch die Abgeltung von Steuern im Nachbarland eine nie dagewesene Erleichterung bringen.

Diese Entwicklung ist bereits in vollem Gange. In den kommenden Monaten werden unsere beiden Länder das Steuerabkommen verfeinern und die unbeschränkte Besteuerung im Herkunftsland vereinbaren. Diese Neuerung, die vor allem Personen mit verschiedenen Pensionsansprüchen betrifft, ist ein gutes Zeichen und gibt die Richtung vor. Aber wir müssen noch weiter vorausdenken und beispielsweise eine ökologische Steuerpolitik konzipieren. Diese müsste die Minimalstandards der europäischen Normen übertreffen. Daneben gilt es, weitere Schritte zur Konvergenz der Rechtssysteme zu unternehmen. Dies betrifft das Arbeitsrecht, das Sozialrecht und die rechtliche Regelung des Gesundheitswesens. Wenn Deutschland und Frankreich ihre Gesundheitssysteme aufrechterhalten wollen, müssen wir weiter, in kleinen Schritten, aber beharrlich, für die Herausbildung gemeinsamer Standards und Zugangskriterien kämpfen. Nur so werden wir in Deutschland und Frankreich ein Gesundheitssystem der fokussiert ist und nicht umgekehrt den Menschen zum Diener des Systems macht.

Es gibt also, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine grundsätzliche Notwendigkeit, die Grenzen zwischen unseren beiden Ländern allmählich zum Verschwinden zu bringen. Und zwar nicht etwa aus naivem Idealismus, sondern ganz einfach in Reaktion auf eine Entwicklung, in der sich eine deutsch-französische Gesellschaft in einer sich immer stärker europäisierenden Gesellschaft ausbildet. Ob ich in Deutschland oder Frankreich bin: Weder sehe ich ein abgeschlossenes Frankreich noch ein auf sich selbst zurückgezogenes Deutschland. Ich sehe vielmehr zwei Staaten, die durch ihren ökonomischen und menschlichen Austausch voneinander abhängig geworden sind. Will man dieser Tatsache gerecht werden, darf man nicht nur die Errungenschaften der Vergangenheit feiern, sondern braucht eine langfristige Vision für die Zukunft. Das Ziel muss eine abschließende Annäherung sein, die Europa und seinen Bürgern dient. Denn diese Bürger sind dazu gezwungen zu teilen und sich auszutauschen und werden kein Bewusstsein ihrer

Unterscheide mehr haben. Lassen sie uns also auf politische Ebene die Kooperation weiter formalisieren und weitere Integrationsschritte übernehmen. Lassen sie uns erstens den Versuch starten, eine europäische Energiepolitik, wie der französische Staatspräsident sich gewünscht hat und auch eine europäische Sicherheitspolitik aufzubauen. Aber lassen sie uns dabei niemals vergessen, dass im Zentrum unserer Arbeit, im Zentrum unseres Erinnerns und unserer Anstrengungen jene deutsch-französische Gemeinschaft steht, die im Entstehen begriffen ist.

Das ist die Nachricht, die wir, als Politiker oder Verbandsvertreter, als Verantwortliche in den Unternehmen oder einfach als Menschen, die in die deutsch-französischen Beziehungen verliert sind, hinaustragen müssen. Denn wenn die deutsch-französischen Beziehungen nicht mehr von jenen getragen werden, die den Krieg selbst erlebt haben und daher die Notwendigkeit der Versöhnung nicht direkt einsehen, so droht ein gewisser Mangel an Leidenschaft. Wenn wir aber nach 50 Jahren diese Freundschaft wieder zurück zu den Menschen holen können, dann kann sie ein Funke sein, der uns wieder näher an das Europa für die Menschen bringt.

Das europäische Projekt der 28 Mitglieder ist ein schwieriges Projekt – vor allem wenn es um eine langfristige Vision geht. Zweimal hat das Nobelpreis-Komitee das deutsch-französische Paar bereits als Akteur des Friedens und der Entwicklung gewürdigt. Daraus folgt für mich eine Verantwortung, Europa auch weiterhin wichtige Impulse zu geben. Denn die Bevölkerung, die längst synergetisch zusammenlebt, fordert uns auf, ein neues Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen aufzuschlagen. Darin besteht unsere historische Verantwortung.

Vielen Dank.